



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Anna Schwamberger, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Benjamin Adjei, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Anne Franke, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Susanne Kurz, Jürgen Mistol, Eva Lettenbauer, Hep Monatzeder, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Gute Ganztagesbildung jetzt sichern – Ausbau beschleunigen – auf Qualität setzen III: kommunale Büros für die Ganztagesbildung einrichten und finanzieren, Vielfalt, Passung und Qualität des Angebotes sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Landesprogramm für die Finanzierung und Qualifizierung von Ganztageskoordinatoren auf kommunaler Ebene aufzulegen und zeitnah, spätestens zum 1. Februar 2023, umzusetzen.

### **Begründung:**

Die regional sehr unterschiedlichen und sich auch zukünftig voraussichtlich dynamisch verändernden Bedarfe für Ganztagesbildung und Betreuung in Bayern sind eine Herausforderung und eine Chance zugleich: was an der Grundschule im Ballungsgebiet notwendig und möglich ist, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht die richtige Lösung für die zweigeteilte kleine Grundschule in benachbarten Orten auf dem Land sein. Werden die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen, können auf Ebenen der Kommunen bedarfsgerechte, hochqualitative Angebote geschaffen werden. Durch Vernetzung mit lokalen Partnerinstitutionen entsteht dann auch eine Vielfalt, die wir brauchen.

Dafür sind jedoch auch pädagogisch kompetente, lokale Ansprechpartner notwendig, wir brauchen kommunale Ganztageskoordinationsstellen oder Bildungsbüros mit einem Schwerpunkt auf die Ganztagesbildung. Zu ihren Hauptaufgaben gehören die Konzeption und der Aufbau eines bedarfsgerechten Ganztagesangebots für Grundschülerinnen und Grundschüler. Die kommunalen Ganztageskoordinatoren sind für die pädagogische Qualität und ein bedarfsgerechtes Angebot vor Ort zuständig, sie können auch gezielte Weiterbildungs- und Qualitätsentwicklungsmaßnahmen initiieren und fungieren als direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der lokalen Akteursgruppen und der Bezirksregierungen. Die kommunalen Ganztageskoordinatorinnen und -koordinatoren sind nicht gleichzusetzen mit den bereits existierenden Ganztageskoordinatorinnen und -koordinatoren an den Bezirksregierungen. Diese sind als Ansprechpartner weiterhin notwendig, auch hier ist ein bedarfsgerechter Ausbau mitzudenken. Ihnen soll zusätzlich in jeder Kommune ein eigener, zentraler Ansprechpartner für die örtliche Umsetzung der Ganztagesbildung zur Verfügung stehen.

Wir fordern eine 100 Prozent-Anschubfinanzierung entsprechender Stellen durch den Freistaat bis zur Einführung des Rechtsanspruchs ab dem Schuljahr 2026/2027, danach sollen Kommunen und Freistaat die Personalkosten zu je 50 Prozent tragen. Manche Kommunen investieren bereits jetzt freiwillig in solche Bildungsbüros oder Koordinationsstellen: wenn beschäftigte Personen die hier beschriebenen, notwendigen Aufgaben bereits übernehmen und über angemessene pädagogische Qualifikationen verfügen, soll dies nicht förderschädlich und die Kostenübernahme möglich sein.